Einzelnummer 10 Pf.

Arbeiter-Stimme

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostsachsen

Erscheint jeden Werktag nachmittag ★ Bezugspreis halbmonatlich bei ins Haus 1 Mark (monatlich 2 Mark) durch die Post bezogen 1 Mark (monatlich 2 Mark) ohne Zustellungsgebühr einschließlich der Beilagen „Der kommunistische Gesellschafter", „Der kommunistische Genossenschafter", „Die Kommunistin", sowie der illustrierten Beilage „Der rote Sturm" ★ Druck und Geschäftsstelle: Dresden-N., Güterbahnhofstraße 3, 1. Fernsprecher: 11 [illegible] ★ Redaktion: Dresden-N., Güterbahnhofstraße 3, 1. Sprechstunden der Redaktion: Täglich nachmittags von 3—6 Uhr. Sonnabends von 4—6 Uhr ★ Postscheckkonto Nr. 12[illegible] Dresden, Emil Schlegel ★ Anzeigenpreis: 40 Goldpfennige für die neunmal gespaltene Nonpareillezeile, 20 Goldpfennige für die Familienanzeigenzeile, 60 Goldpfennige für die Reklamezeile entsprechend an der vorgeschriebenen Zeilenzahl ★ Anzeigen tage vorher bis 4 Uhr nachmittags erbeten.

1. Jahrgang | Dresden, Dienstag den 25. August 1925 | Nummer 113

Der neue Schwindel vom Preisabbau

Mit dem Geschrei vom Preisabbau wird die Hetze gegen Lohnerhöhung eingeleitet. — Millionengewinne bei der Reichsbahn, keine Lohnerhöhung für die Eisenbahner — Die Dresdner Arbeiterfußballsportler gegen die Bundesleitung

Sand in die Augen der Arbeiter

Im Reichswirtschaftsrat haben Beratungen der Reichsregierung mit dem Reichsverband der deutschen Industrie und der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände mit dem Thema „Teuerung" stattgefunden. Diese Beratung war veranlaßt durch die Erklärung des Reichskanzlers Luther, wonach die Reichsregierung sich bemühen würde, zum 1. Oktober eine Preissenkungsaktion durchzuführen.

Die Industriekapitäne ließen bei den Verhandlungen durchblicken, daß die Preissenkungsaktion keinen praktischen Erfolg haben werde, sondern nur theoretischer Natur sei.

*

Bei dem großen Preissenkungsschwindel, den die ganze bürgerliche Presse jetzt aufmacht, um die Arbeiterschaft von Lohnkämpfen abzuhalten, ist besonders interessant, daß die „Kreuzzeitung" unter der Ueberschrift „Regierung und Preissenkung" mitteilt: „Entgegen anders lautenden Meldungen haben wegen der Preissenkung bisher nur vorbereitende Besprechungen der beteiligten Ressorts stattgefunden."

Die Unverschämtheit, mit der die Luther-Regierung die Preisabbauaktion ankündigt, steht wirklich einzig in der Welt da. Nachdem man im Reichstage mit aller Brutalität und im Auftrage der Schwerindustriellen und der Großagrarier die Schutzzölle durchgepeitscht und den werktätigen Massen das letzte Stück Brot verteuert hat, gerade in dem Augenblick, in dem die letzten Reste der Preisprüfungsorgane abgebaut werden und dem Wucher freie Bahn gelassen wird, will man der Arbeiterschaft Sand in die Augen streuen, sie mit einem gemeinen Schwindel vom Preisabbau erneut von den Raubzügen der Ausbeuter auf die Taschen der Arbeiter ablenken.

Warum man diesen **Schwindel aufzieht**, das ist jedem denkenden Arbeiter klar. **Man will die bevorstehenden Kämpfe der Arbeiter, Angestellten und Beamten gegen die Verschlechterung ihrer gesamten Lebenshaltung schon im Keime ersticken, indem man erklärt: Stellt keine Lohnforderungen, sondern wartet auf die Erniedrigung der Preise.** Außerdem verfolgen Unternehmer und Regierung noch ein anderes Ziel. Sie wissen genau, daß selbst den Hindenburgwählern nach dem schamlosen Zollwucher klar geworden ist, wer der **Schuldige an der allgemeinen Teuerung** ist. Um die **Schuld zu verschleiern, drehen also die Zollräuber und Preistreiber den Spieß um und erklären die Arbeiter für die Schuldigen der Teuerung, weil sie neue Lohnforderungen gestellt haben.**

Gerade jetzt finden im ganzen Reiche eine große Anzahl heftiger Wirtschaftskämpfe statt. Aber während die Unternehmer sowohl in der Preisfrage als auch in der Lohnfrage eine festgefügte **Einheitsfront** bilden und planmäßig dazu übergehen, **einzelne Wirtschaftsgruppen des Proletariats** in isolierte **Kämpfe zu locken und dann niederzuschlagen,**

tut der ADGB. gar nichts, um auch seinerseits alle Berufsgruppen des Proletariats zu einer einzigen kampffähigen Einheitsfront zusammenzufassen.

Das ist aber der springende Punkt! **Gelingt es den Massen nicht, aus den Betrieben und aus den Gewerkschaften heraus den ADGB. zu zwingen, alle Kämpfe der Arbeiterschaft zusammenzufassen und dann alle Machtmittel in die Wagschale zu werfen, dann wird, nachdem schon der Zollwucher durch die Schuld der ADGB.-Führer möglich geworden ist, auch der neue Preissenkungsschwindel von Erfolg gekrönt sein und neues unermeßliches Elend über das werktätige Volk bringen.**

Die „Preissenkung" marschiert — als Hetze gegen die Löhne!

Bei Verabschiedung der Zollwuchergesetze erklärte der Reichskanzler Dr. Luther, „daß die Regierung alles tun werde, um eine ungünstige Entwicklung der Preisgestaltung zu verhindern". Später kündigte er im Anschluß an diese „Mahnung" eine große Preissenkungsaktion für den 1. Oktober an. Die Unternehmerverbände beriefen daraufhin eine Versammlung ihrer Spitzenorganisationen ein, an der auch die Reichsregierung teilnahm. Der Zweck dieser Zusammenkunft war, festzustellen, daß sich Unternehmerverbände und ihre Regierung über Sinn und Durchführung der „Aktion" einig sind, und das Ergebnis der Beratungen war auch eine große Resolution, in der die Organisationen einen Preisabbau vom 1. Oktober ab „empfehlen", im übrigen aber darauf verweisen, „daß eine allgemeine Lohnsteigerung jeden Versuch eines Preisabbaus von vornherein zum Scheitern verurteile".

Und dieser Satz ist des Pudels Kern. Die Unternehmerverbände stellen die unbestimmte Möglichkeit eines Preisabbaus „zum 1. Oktober" in Aussicht, verlangen aber von den Arbeitern und den Gewerkschaften die geduldige Hinnahme eines sicheren Abbaues der Reallöhne. Eigentlich könnte man über diese Auslassungen zur Tagesordnung übergehen, hat doch die bürgerliche Regierung, die nur ein Ausführungsorgan der vereinigten Unternehmerverbände ist, weder die Möglichkeit noch die Absicht, ihren Auftraggebern die Profite zu verkleinern. Die Erfahrung zeigt aber, daß die Gewerkschaften immer geneigt sind, derartige „Versprechungen" der Ausbeuter zu benutzen, um auf die Wirtschaftsbewegung der Arbeiter einen dämpfenden Einfluß auszuüben. Offiziell hat der ADGB. zwar abgelehnt, mit Hilfe von „Preissenkungsaktionen" die durch die Teuerung entstandenen Verluste der Arbeiterschaft auszugleichen, und er sieht in den Lohnerhöhungen das richtige Mittel, um die Senkung der Lebenshaltung zu verhindern, denn die Arbeiter haben zunächst mit Hilfe ihrer heutigen Machtmittel nur auf die Lohngestaltung Einfluß.

Seine Handlungen lassen jedoch von dieser Einstellung wenig erkennen. Wohl finden im Reiche eine große Anzahl von Wirtschaftsbewegungen statt, die teilweise zu heftigen Kämpfen führten. Aber während die Unternehmer sowohl in der Preisfrage als auch in ihrer taktischen Stellung zur Lohnfrage eine festgefügte Einheitsfront bilden und durchaus planmäßig vorgehen, wie die erwähnte Versammlung der Unternehmerverbände aufzeigt, sieht man auf der Gewerkschaftsseite planlose und isolierte Kämpfe einzelner Wirtschaftsgruppen. Diese Lage stärkt die Position der Unternehmer und gibt ihnen die Möglichkeit, den Lohnforderungen der Arbeiterschaft in den einzelnen Berufsschichten den heftigsten Widerstand entgegenzusetzen. Die (Real-)Lohnfrage ist aber in der gegenwärtigen Lage keine Angelegenheit der einzelnen Berufszweige mehr, sondern eine politische Frage, eine Frage der Klassenkräfte. Sie kann nur zugunsten der Arbeiterschaft entschieden werden, wenn die Gewerkschaften die zusammengefaßte Abwehrkraft des Proletariats in die Wagschale werfen, wenn der ADGB. sie zu einer gemeinsamen Frage der gesamten Gewerkschaftsbewegung macht und sich bereit zeigt, sie mit allen Machtmitteln zur Entscheidung zu bringen. Diese Forderung gibt es heute in allen Gewerkschaftsversammlungen, in allen Betrieben an den ADGB. zu richten.

Der Papierkrieg gegen die Teuerung

Berlin, 25. August. (Eigener Drahtbericht.) Präsidium und Vorstand des Zentralverbandes des Deutschen Großhandels und Reichsregierung haben über mögliche weitere Preissteigerung und über Möglichkeiten der Durchführung eines Preisabbaues verhandelt. Resultat: Das Publikum wird gewarnt, überstürzte Wareneinkäufe zu tätigen, Händler werden ersucht, **mäßige Umsatzsteuer** einzukalkulieren. Der „Vorwärts" nennt das mit Recht **„Papierkrieg gegen die Teuerung"**. Nennt jedoch dieselben Mätzchen wie die Spekulanten und zeigt keinen anderen Ausweg. **Die Redensarten von „Kampf" im „Vorwärts" sind im Grunde genommen ebenfalls Papierkrieg und nichts mehr.**

Inkrafttreten der Malz- und Zuckerzölle

Berlin, 25. August. Am 1. September 1925 werden unter anderen für Malz und Zucker die neuen Zölle in Kraft treten. Zum gleichen Zeitpunkt werden deshalb die für diese Waren noch bestehenden Ein- und Ausfuhrverbote aufgehoben werden. Das Einfuhrverbot für Malz und Zucker bleibt jedoch gegenüber Polen einstweilen aufrecht erhalten.

Der Fußballbezirk für den DGB.

Der gestern abend tagende außerordentliche Bezirksvertretertag des Fußballbezirks Dresden stellte sich nach eingehender Diskussion, und nachdem fast sämtliche Mitglieder der Bundesleitung ihren niederträchtigen Beschluß vergeblich zu verteidigen suchten,

mit 41 gegen 16 Stimmen hinter den DGB.

und nahm in scharfer Form Stellung gegen die Bundesleitung.

Wir bringen morgen darüber einen ausführlichen Bericht.

Die Einzelbewegungen scheitern, faßt die Kräfte zusammen!

Unter dem Tamtam einer schwindelhaften „Preisabbau"-Aktion versuchen Unternehmertum und Luther-Regierung der arbeitenden Bevölkerung die Zoll- und Steuerlasten aufzubürden. Es gehört schon eine nicht mehr zu überbietende Frechheit dazu, jetzt nach der Durchpeitschung der Steuern und Zölle den Arbeitern einreden zu wollen, daß nun nicht ein Steigender Preise, sondern ein Abbau der Preise erfolgen werde. Trotz der täglich steigenden Preise soll nämlich dieser Preisabbau-Schwindel den Arbeiter dazu bewegen, auf jede Lohnzulage zu verzichten. **Verlangt der Arbeiter aber trotzdem einen Ausgleich für die Teuerung, so gefährdet er, nach den Ausführungen der bürgerlichen Presse, die Preisabbau-Aktion, die Herr Dr. Luther und die Unternehmerverbände ab 1. Oktober beginnen lassen wollen.** Am 1. September treten nämlich die Lebensmittelzölle in Kraft und Luther denkt sich offenbar, daß es nicht schaden könnte, jetzt mit Versprechungen freigiebig zu sein, bis erst einmal die Klippe der September-Preissteigerungen umschifft ist. Und außerdem braucht er doch irgendeine „Begründung" für seine Schlichtungsinstanzen.

Freilich scheint Luther und Konsorten selbst nicht zu hoffen, daß die Arbeiterschaft auf den Leim des Preisabbau-Schwindels gehen würde. Sie haben realere Mittel in Rechnung gestellt, um die Lasten der Zölle und Steuern um jeden Preis restlos auf die Schultern der Werktätigen zu laden. Reichsregierung und Unternehmerverbände haben sich **gemeinsam verabredet, den Lohn- und Arbeitszeitforderungen der Arbeiterschaft mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gemeinsam Widerstand zu leisten.** Die Schlichtungsinstanzen, die schießende Polizei und Reichswehr gehören zu diesen Mitteln ebenso wie die gefüllten und vom Reich gespickten **Streikabwehrkassen der Unternehmerverbände.** Anläßlich der letzten gescheiterten zentralen Lohnverhandlungen im Baugewerbe erklärte der Syndikus des Deutschen Arbeitgeberverbandes, Dr. Meissinger, daß die bestreikten und aussperrenden **Bauunternehmer von den Unternehmerverbänden finanziell im reichsten Maße unterstützt werden. Kein Pfennig Lohnerhöhung,** das ist die gemeinsame Parole der Unternehmerverbände.

Und die Luther-Regierung **hat** an die Schlichtungsinstanzen im ganzen Reich gleichfalls die Parole gegeben: **„Keinen Pfennig Lohnerhöhung"!**

Diese zentrale Parole wird **befolgt.** Da seit den letzten vier Wochen als Vorauswirkung der Zölle die Preise aller Lebensbedürfnisse besonders rasch gestiegen sind, so sind in allen Industriezweigen Lohnbewegungen in Fluß gekommen. Aber diese Bewegungen **werden nicht zentral** zusammengefaßt. Die Spitzen der freien Gewerkschaften wursteln weiter wie bisher. Sie appellieren wie gewöhnlich an die Schlichtungsinstanzen der Luther-Regierung und hoffen, die paar Pfennige bewilligt zu bekommen, mit denen es ihnen gelingen könnte, die Massen zu beruhigen.

Aber es zeigt sich jetzt, daß diese Taktik der Einzelbewegungen an der geschlossenen Front von Unternehmertum und Regierungsorganen scheitert. Ueberall weigern sich die vom kapitalistischen Staat gestellten „unparteiischen" Vorsitzenden, den Arbeitern irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Zur Verhöhnung der Arbeiter begründen diese „Schlichter" ihren Standpunkt etwa mit dem Schwindel, daß ein Preisabbau komme und daß dieser Preisabbau durch Lohnerhöhungen nicht gefährdet werden dürfe. Mit dieser Begründung wurden jetzt den Bauarbeitern, den Bergarbeitern, den Eisenbahnarbeitern, den Textilarbeitern, um nur diese wichtigen Gruppen zu nennen, jede Lohnerhöhung abgeschlagen.

Es zeigt sich also, daß mit dieser Taktik der Einzelbewegungen die für die hungernden Arbeiter sofort notwendigen Lohnerhöhungen nicht durchgesetzt werden können. Bereits haben die rheinischen Textilarbeiter eine Niederlage erlitten. Die übrigen Bewegungen ziehen sich schon wochenlang erfolglos hin. Obwohl die Unternehmerverbände die Bauunternehmer unterstützen, hat der ADGB.-Vorstand noch nicht einmal eine zentrale Unterstützungsaktion für die Bauarbeiter beschlossen. Die Unternehmeroffensive mit dem Ziel der Arbeitszeitverlängerung geht weiter. Noch fordern die Unternehmer, daß die Bauarbeiter die neunte Stunde schinden, noch wollen sie den Bergarbeitern die 8½stündige Schicht unter Tage aufzwingen. Und den Hüttenarbeitern werden alle Ver-